

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/191

7. Oktober 1975

Die "dritte Säule" in der Bewährung

Zur Mitgliederversammlung des Deutschen Städte-  
und Gemeindebundes

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB  
Vizepräsident des Bundestages und Präsident des  
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seite 1 und 2 / 79 Zeilen

Schnee vom letzten Winter

Die Union will das Thema "Wehrgerechtigkeit" wieder  
aufwärmen

Von Helmuth Mähring MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Subventionierte Unanständigkeit

Negativer Modellfall: "Pommersche Zeitung"

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB  
Mitglied der Bundestageausschüsse für Auswärtiges und  
innerdeutsche Beziehungen

Seite 5 / 43 Zeilen

Klischees nicht mehr gefragt

Im deutsch-israelischen Jugendaustausch zeichnet sich  
neue Phase ab

Von Erhard Mahne MdB  
Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Seite 6 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckart

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 409  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 80 37 - 34  
Telex: 06 00 040 - 42 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

### Die "dritte Säule" in der Bewährung

---

Zur Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Bundestages und

Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Seit seiner Gründung im Januar 1973 hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der am Donnerstag und Freitag in Bonn-Bad Godesberg unter dem Motto "Staat und Gemeinden - Zwischen Allmacht und Ohnmacht?" seine Mitgliederversammlung abhält, Politik auf der Basis der bestehenden Verhältnisse gemacht. Von dieser Grundposition aus hat er sich immer wieder dafür eingesetzt, die Mitwirkung und die Verantwortung der Gemeinden in Staat und Gesellschaft so weiter zu entwickeln, daß sie ihrer besonderen Stellung Rechnung tragen. Dabei ist deutlich geworden, daß die Kommunen nicht nur in den Fachgremien, sondern auch allgemein in der Lage sein müssen, ihre Stimme im Bund zu erheben.

Heute kann festgestellt werden, daß der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein erstes Etappenziel erreicht hat: Die Bundesregierung hat eine verbesserte Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände bei der Vorbereitung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften durch die Änderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien beschlossen. Der Bundestag hat die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände durch eine Änderung der §§ 73 und 74 in seiner Geschäftsordnung verankert. Damit ist ein wichtiger verfassungsrechtlicher und verfassungspolitischer Schritt realisiert, der dem Informations- und Anhörungerecht der kommunalen Selbstverwaltung auch in den Gremien des Parlaments eine ihrer besonderen Aufgabe entsprechende Beteiligung ermöglicht. Jetzt geht es darum, diese auf Bundesebene erreichte Entwicklung, die wir dankbar anerkennen, in allen Bundesländern durchzusetzen und durch eigene konstruktive Mitarbeit wirksam werden zu lassen.

Dennoch genügt, was wir erreicht haben, bisher noch nicht, um die bedauerliche Kommunalabstinenz, die das Grundgesetz geübt hat, indem es die Gemeinden in die Obhut der Länder gab, so abzuschwächen oder zu ändern, daß die Gemeinden auch von der Verfassung her als "Dritte Säule" im Staatsaufbau anerkannt werden. Auch die Verfassungenenquétekommission des Bundestages, in deren Aufgabenbereich die Frage der Mitwirkung der Gemeinden und ihrer Einordnung in den Staatsaufbau fällt, ist leider nach ihrem vorgelegten Zwischenbericht nicht davon ausgegangen, daß den Städten und Gemeinden neben Bund und Ländern als "Dritte Säule" Mitverantwortung übertragen werden soll. Da dieses Problem dort noch auf der Tagesordnung ist, werden wir versuchen, mit Nachdruck unsere Chance zu nutzen.

Die bevorstehende Mitgliederversammlung, auf der Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel zum Thema: "Sparen in der Rezession? - Die Bundesfinanzen als Instrument der Konjunkturpolitik" und Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl "Zur aktuellen Situation der Städte und Gemeinden" sprechen werden, wird deutlich machen, daß die Städte und Gemeinden heute sehr wahrschein-

lich vor ihrer finanzpolitisch härtesten Bewährungsprobe stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinden, obwohl ihre Investitionskraft erschöpft ist, in dieser wirtschaftlich schwierigen Situation die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen mittragen und damit ihre gesamtstaatliche Verantwortung erneut unter Beweis stellen.

Die Städte und Gemeinden selbst werden in einer Zeit der leeren Kassen rigoros alle Möglichkeiten der Einsparung nutzen, aber auch erwarten, daß die vom Bund entwickelte Vorstellung zur Verbesserung der Haushaltsstruktur durch gleichgerichtete Beschlüsse der Länder ergänzt wird. Von ihnen erhoffen sich die Gemeinden, daß die Leistungen im Rahmen des kommunalen Steuerverbundes nicht über die steuerbedingten Mindereinnahmen hinaus gekürzt werden. Es muß gelten, daß die Länder ihre eigenen Haushaltsschwierigkeiten nicht auf Kosten der Städte und Gemeinden zu lösen versuchen. Ein solcher Weg würde letztlich die auf den Finanzausgleich am ehesten angewiesenen finanzschwachen Kommunen treffen und damit negative Auswirkungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse gerade im ländlichen Raum befürchten lassen.

In der aktuellen gegenwärtigen Diskussion wird die Privatisierung kommunaler Dienstleistungsaufgaben oft als Heilmittel genannt. Für den kreisangehörigen Raum trifft dieses Heilmittel nicht zu, weil bereits seit Jahren auf dem Gebiet der Ver- und Entsorgung überall dort Privatunternehmen tätig sind, wo sie preisgünstiger arbeiten können. Die kreisangehörigen Gemeinden prüfen zur Zeit - und sie werden es auch in Zukunft tun -, ob auch Privatunternehmen noch weitere Aufgaben zur Erledigung übertragen werden können. Daß zur Zeit noch nicht in allen Gemeinden die wirtschaftlichste Lösung gefunden worden ist, ist allerdings kein Grund zu allgemeiner Verunglimpfung kommunaler Tätigkeit.

Das böse verallgemeinernde Wort von der öffentlichen Verschwendung kann von den Städten und Gemeinden nicht hingenommen werden. Auch wenn es hier und da den einen oder anderen Sünder gibt, stehen die Städte und Gemeinden insgesamt gegenüber ihren Bürgern doch als die da, die mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge, sorgfältig umgehen.

(-/7.10.1975/bgy/ben)

+ + +

Schnee vom letzten Winter  
-----

Die Union will das Thema "Wehrgerechtigkeit" wieder aufwärmen

Von Helmuth Mähring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Ob es am ungewöhnlich langen Sommer und dem damit verbundenen Ausbleiben von Neuschnee liegt, daß "Schnee vom letzten Winter" herhalten muß, um junge Wehrpflichtige von morgen fröhlicher zu lassen? Dies muß angesichts von Absichten in der CDU/CSU vermutet werden, die Diskussion zum Thema "Wehrgerechtigkeit" in der Öffentlichkeit neu zu beleben.

Die Opposition will, sollten Pressemeldungen stimmen, künftig jedem Nichtdienenden 10.000 DM abnehmen. Auf den ersten Blick eine beifallträchtige Lösung. Aber auch nur auf den ersten Blick. Denn die jetzigen geistigen Väter (oder Mütter) dieses Gedankens wollen offensichtlich übersehen, daß es gerade eine solche Lösung ist, die fortzeugend neue Ungerechtigkeiten gebiert. Oder wie wird jenem zumute sein, der gerne zur Bundeswehr möchte, gesund ist und sich in diesem Bereich beruflicher Chancen ausrechnet und der dann zurückgewiesen wird, weil alle Plätze besetzt sind? Und dem dann auf Wunsch der CDU/CSU anschließend der Bescheid ins Haus flattert, er dürfe, weil er nicht dient, 10.000 DM Strafe (Pardon: "Ausgleichszahlung") entrichten?

Schon der CDU-MdB Adorno wußte in seinem Bericht 1968 um diese Problematik, der sogar Möglichkeiten des Freikaufens vom Wehrdienst durch vermögende Eltern aufdeckt. Die SPD hält es mit Bundesverteidigungsminister Georg Leber, der unserer Jugend das Vertrauen bescheinigt, ausreichend Verantwortungsgefühl zu besitzen, um diese Bundesrepublik Deutschland nicht schutzlos anderen zu überlassen. Die SPD ist nicht der Meinung der Opposition, daß ihr gegenüber generell Mißtrauen angebracht sei.

Interessant ist auch die gedankliche Kehrtwendung in Fragen des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. Hier liegt anscheinend das echte Teilergebnis eines Lernprozesses durch Koalitions-Denkanstöße vor. Den Widerspruch zwischen der Absicht in Drucksache 7/2102 vom

14. Mai 1974, die das Prüfungsverfahren nicht liberalisiert, sondern verschärft wissen möchte, und der jetzigen Absicht, "nach Würdigung der Gesamtsätze die Berufung auf eine Gewissensentscheidung für glaubhaft zu halten", wird die Opposition wohl noch im Parlament aufzulösen haben. Daß diese Pseudo-Gewissensprüfung besser klappt, wenn sie von einem einzelnen Herrn (wiederum, pardon: eines zum Richteramt befähigten Beamten) vorgenommen wird, statt von einem Ausschuß, dem auch Vertreter der Kriegsdienstverweigerer angehören, das mag vorerst tiefes Geheimnis ihrer Erfinder bleiben.

Die Opposition wird sich in der kommenden Parlamentsdebatte von der SPD sagen lassen müssen, daß aus vielerlei Gründen, nicht zuletzt aus den von ihr aktuell mehr als beschworenen ökonomischen, der alte Preußengrundsatz: "Jeder muß mal gedient haben" nicht mehr gelten kann und nicht mehr bezahlbar ist. Auch wenn unsere Vertreter von law and order mit ihm noch so liebäugeln.

Im Rahmen von Wehrpflichtgesetz und Zivildienstgesetz werden unsere jungen Mitbürger unsere Bundesrepublik gegen jeden Angriff von außen zu verteidigen wissen. Dies ist die Gewißheit der SPD. Mit der Einsicht, daß lupenreine Wehrgerechtigkeit im Auf und Ab von Jahrgangszahlen nicht zu verwirklichen ist, müssen wir leben. Die Opposition sollte es unterlassen, aus wahltaktischen Gründen diese Erkenntnis zu verkleistern. Ihr kommender Antrag kann aber eines schon jetzt als sicher voraussetzen: Das Thema ist für viele Monate theoretisch-fruchtloser Diskussion leider mehr als gut!

(-/7.10.1975/wi/e/pr)

+ + +

Subventionierte Unanständigkeit  
-----

Negativer Modellfall: "Pommersche Zeitung"

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied der Bundestageausschüsse für  
Auswärtige und für innerdeutsche Beziehungen

Unter der Überschrift "Ein paar Millionen" befaßt sich die "Pommersche Zeitung", das Blatt der Pommerschen Landemannschaft, mit der Informationspolitik der Regierung. Der Artikel dieses sogenannten überparteilichen Blattes könnte ohne jeden Abstrich auch so im "Bayernkurier" gestanden haben. Was man da an Gehässigkeit bietet, ist nicht zu überbieten. Da heißt es u.a.: "Kein Preis ist zu hoch, um das Publikum von der Richtigkeit und Effektivität der sozialliberalen Politik zu überzeugen", genauer: um das Publikum mit allen Mitteln der "Kunst der Öffentlichkeitsarbeit" im Regierungssinne zu "Überreden".

Da schimpft man darüber, daß dem Auswärtigen Amt erstmals auch 1,9 Millionen DM für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt wurden und die Mittel für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erhöht worden sind. Da vereteigt man sich schließlich zu der ungeheuerlichen Feststellung: "Wie auch immer sich solcherlei gelenkte 'Information' auswächst, von der vorenthaltenen Wahrheit bis hin zur Lügenkampagne, wir müssen uns wehren gegen jedwede falsche Beeinflussung, deren Ziel es ist, daß wir schließlich die Stricke für unseren eigenen Galgen liefern, weil wir sozialistisch 'umfunktioniert' würden, ohne es zu merken."

Jargon und Art dieser Argumentation richtet sich eigentlich von allein. Merkwürdig ist nur, daß es die gleichen Kreise sind, die das schreiben, die dauernd der Bundesregierung zum Vorwurf machen, sie treibe nicht genügend Aufklärungsarbeit über die Ziele ihrer Politik im In- und Ausland; sie überlasse draußen der DDR das Feld der Propaganda, und sie versuche im Innern durch Totschweigen ihrer wahren Ziele die Bevölkerung hinter das Licht zu führen.

Schließlich war es nicht diese sozialliberale Regierung, sondern die CDU/CSU-Regierung Konrad Adenauers, die in den fünfziger Jahren durch den damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Lenz, die Errichtung eines Informationsministeriums betrieben hatte. Schließlich hat jede Regierung die Pflicht, die Bevölkerung möglichst umfassend über ihre Politik zu informieren. Die KSZE hat darüber hinaus einen weltweiten Austausch von Meinungen und Informationen angeregt, dem die Bundesregierung nachzukommen hat, wenn sie ihre Aufgaben nach dieser Konferenz ernst nimmt.

Die Regierung hat es im Übrigen nie einseitig getan und sogar mit den Mitteln zur Förderung ihrer Öffentlichkeitsarbeit Blätter unterstützt, die keineswegs Fürsprecher der Politik dieser Regierung waren oder sind. Dazu gehört nicht zuletzt diese "Pommersche Zeitung". Die Regierung hat mit ihrer Informationspolitik deutlich gemacht, daß es ihr keineswegs, wie in der "Pommerschen Zeitung" unterstellt wird, um eine Uniformität der Meinungen geht. Ob es aber mit den Gesetzen des menschlichen Anstandes vereinbar ist, wider besseres Wissen, das aus eigener Erfahrung schöpfen kann, dafür aber mit Pamphleten zu antworten, das mag die Pommersche Landemannschaft mit ihrer Zeitung ausmachen. (-/7.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

### Klischees nicht mehr gefragt

Im deutsch-israelischen Jugendaustausch zeichnet sich neue Phase ab

Von Erhard Mehne MdB

Mitglied der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe

Nachdem der deutsch-israelische Jugendaustausch vor einem Jahr von allen Beteiligten in der Bundesrepublik und in Israel, den Jugendgruppen wie den Regierungsorganen, harter Kritik ausgesetzt gewesen war (Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst IJAB: "Der schlechteste Jugendaustausch, den die Bundesrepublik betreibt", Deutsch-Israelische Gesellschaft DIG: "Mehr Quantität als Qualität"), scheint sich jetzt eine Phase der Konsolidierung und der Qualität statt bloßer Quantität abzuzeichnen.

Das für Jugendfragen zuständige nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium hatte positive Maßstäbe gesetzt, als es im vergangenen Jahr in Israel ein Seminar mit Vertretern der Jugendorganisationen durchführte und kürzlich ein ähnliches Seminar in der Bundesrepublik wiederholte. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit folgte inzwischen mit neuen, längst notwendigen Richtlinien.

Ganz zum Leidwesen der Jugendlichen, die billig Urlaub an "Israels vier Meeren" machen wollten, ganz zum Leidwesen der israelischen Touristikbüros, die nicht mehr "Programme vom Vorjahr mit Rednern vom Vorjahr" anbieten können, ganz zum Leidwesen der "patriotischen" israelischen Ökonomen, die den Jugendaustausch nur als positiven Devisenfaktor sehen, werden jetzt qualifiziertere Anforderungen an Teilnehmer, Gruppenleiter, israelische Partner und Programm gestellt. Es bleibt abzuwerten, ob sich die Träger von Jugendaustauschmaßnahmen den neuen Anforderungen anpassen, und ob der gemischte Fachausschuß für den deutsch-israelischen Jugendaustausch, der im November zusammentreten wird, konsequent handelt.

Im Jugendaustausch vollzieht sich mit zeitlicher Verzögerung ein ähnlicher Wandel des Selbstverständnisses wie bei den diplomatischen Beziehungen. Aus den besonderen diplomatischen Beziehungen wurden Beziehungen vor einem besonderen Hintergrund. So steht auch für das kommende Jahr fest: Die Zeiten, in denen Jugendliche als Israel-Fans ("Das Wetter war hervorragend") aus dem Brennpunkt höchstlicher Politik zurückkamen, sind vorbei.

Wenn den Jugendlichen ein reales Israel-Bild vermittelt wird, und sie lernen, Israel differenziert zu sehen, dann ist den Intentionen des Jugendaustausches Rechnung getragen. Der Staat Israel wird dann einige unkritische Bejubler verlieren, aber dafür Realisten gewinnen, die in Diskussionen argumentativ ihren Mann stehen. Es bleibt abzuwerten, ob auch die deutschen Partner ihren israelischen Gästen nicht nur ein Klischee der Bundesrepublik (die fußballspielende Industrienation mit Kaufhäusern und Grünanlagen) präsentieren, oder ob auch sie den Mut besitzen, Probleme aufzuzeigen und einen nuancierten Eindruck von unserem State zu vermitteln versuchen.

+ + +

(-/7.10.1975/bgy/e/pr)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller